

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

### Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. RM. 20.—, vierteljährl. RM. 60.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 66.— einschl. Postbestgeld. Einzelnummern 75 Hg. : Strotonto Nr. 50 bei der Dieramisparkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discountges., Zweigl. Wildb. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum RM. 1.50, auswärts RM. 2.00. : Reklamzeile RM. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Ausnahmestellung werden jeweils 1 RM. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konturfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachschickung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 150

Februar 179

Wildbad, Freitag, den 30. Juni 1922

Februar 179

57. Jahrgang

## Tagespiegel

Im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen teilte der Regierungsvizepräsident mit, daß im Jahr 1922 statt der erwarteten 200 000 Wohnungen nur etwa 80 000 hergestellt worden sind.

In Innsbruck fand eine Massenkundgebung aller bürgerlichen Parteien gegen den Friedensvertrag von Versailles statt.

Der Fehlbetrag des französischen Staatshaushalts beläuft sich auf 3900 Millionen Franken (etwa 113 Milliarden Mark). Zur Befriedigung werden Verminderung der Heeres- und Flottenausgaben, Entlassung von 25 000 Beamten, Herabsetzung des Zinsfußes der Kriegsanleihen und Erhöhung der Erbschafts-, Kapital- und anderer Steuern vorgeschlagen.

Nationalrat und Nationalversammlung von Cyprien haben der englischen Regierung den Wunsch bekannt gegeben, daß die Insel mit Griechenland vereinigt werde. — Die Insel ist seit 1879 von England besetzt.

## Der dritte Jahrestag

Am 28. Juni vollendeten sich drei Jahre, seitdem in Versailles die ungeheure Paragraphenammlung unterzeichnet worden ist, die uns die Entente als sogenannten Friedensvertrag aufgezwungen hat. Der Versailler Vertrag ist bereits „Geschichte“ geworden. Leider zwar nicht in dem Sinn, daß er nicht mehr Rechts bestände und keine Wirkung mehr ausübte — im Gegenteil, er schneidet gerade jetzt unheimlicher in unser Fleisch denn je, in der unerbittlichen Verdrängung seiner Anstöße. Aber doch ist er schon „Geschichte“ überholt, veraltet insofern, als er bereits längst nicht mehr den Willensausdruck aller darstellt, die ihn einst dem deutschen Volk aufzwingen. Die nordamerikanische Union hat diesen Vertrag, der doch an erster Stelle die Unterchriften „Woodrow Wilson“ und „Robert Lansing“ trägt, niemals bestätigt, sie hat vielmehr einen Sondervertrag mit Deutschland geschlossen. In England und in Italien verurteilt heute die öffentliche Meinung fast einhellig den Vertrag und spricht sich für die Aenderung seiner Bestimmungen aus. Auch die übrigen Unterzeichner haben das Interesse an dem Fortbestand seiner Zwangsvorschriften schon längst verloren, bis auf Frankreich, Polen und etwa noch Belgien. Der Vertrag von Versailles, der die Entente auf Ewigkeit zusammenkittete, hat in der Tat zu ihrer Vorkerkung, ja fast schon zu ihrer Auflösung geführt, indem er den Grundfehler aller verbündeten Siegerpolitik in einem Ausmaß beging, so grandios, wie es die Geschichte noch nicht gekannt hat: Er machte den Versuch, die strengen Gesetze des wirtschaftlichen Geschehens willkürlich unter ein Nachtgebot zu beugen. Er stellte da angesichts der allgemeinen weltwirtschaftlichen Verbundenheit wahnwitzige Gedanken auf, daß man Deutschland, das stärkste wirtschaftliche Glied des Festlands, planmäßig beiseite stellen und wirtschaftlich wie auch politisch in ganz beliebigem Grad schwächen könne, ohne daß die Interessen der anderen Länder hierdurch geschädigt würden, ja sie sollten vielmehr dadurch noch gewinnen.

Vielleicht hat man in Ententekreisen 1919 noch an diesen Niefensinn geglaubt, sich auf das Goldene Zeitalter gefreut, das nach der Beherrschung Deutschlands eintreten würde. 1922 dagegen blickt man auf ein stark ernüchtertes Europa. Deutschland ist heute auf dem internationalen Markt der industriellen Warenherzeugung ein Land, das fast nichts kauft und fast nur verkauft. Warum, das ist ja allgemein bekannt. Deutschland muß heute so viel ans Ausland an Entschädigungen zahlen, daß es alles nur Entbehrliche verkaufen muß und doch aus dem Erlös nur so viel für sich behalten kann, wie gerade für den notwendigen Bedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln erforderlich ist. Die Lebenshaltung seiner Bewohner ist tief gesunken, ihr Verbrauch an den Erzeugnissen fremder Länder ist stark zurückgegangen. Das haben die Ausfuhrhändler draußen in aller Welt, denen ja erst die Anbelagerung Deutschlands ein so mühsames Arbeitsfeld auf sämtlichen Märkten der Erde zu erschließen schien, gar bald mit Stauden und Betrübniß eingesehen. Englische Webwaren und englische Stahlwaren fanden vor langanhaltender Stotlung, Wolle und Baumwolle, Kaffee und Tee, Tabak und Gewürze litten unter scharfer Einschränkung des Verbrauchs. Nicht genug aber, daß Deutschland nichts mehr kaufen konnte, es wurde nunmehr mit seinem Notausverkauf gerade der gefährlichste Konkurrent, den man jemals erlebt hatte. Der Sinn des Vertrags von Versailles schien wirklich auf den Kopf gestellt. Den deutschen Weltmarkt hatte man vernichten wollen, indem man die Auslieferung der

Handelsflotte und die Preisgabe der wichtigsten Auslandsniederlassungen erzwang. Nun tauchte mit einem Mal in allen Winkeln der Erde die deutsche Ausverkaufware auf, die billiger war als die eigene. Die Wirkung war vernichtend. Ein Arbeitslosenheer entstand, in England, in Amerika, selbst das im Krieg so glänzend hochgekommene Japan geriet in den Schatten einer schweren Not.

Zuerst witterte man — fast selbstverständlich, unter der Nachwirkung des Kriegshasses — irgendeinen bösen Willen Deutschlands, ein „Dumping“, d. h. eine absichtliche Schädigung durch Schleuderkonkurrenz, wogegen man mit Anti-Dumping-Gesetzen, mit Einfuhrverboten und unerhöht hohen Schutzzöllen vorging. Als dies nur wenig half, als man insbesondere nichts dagegen ausrichten konnte, daß man von der deutschen Ware im gemeinsamen Wettbewerb um die Ueberseemärkte stark bedrängt wurde, schob man die Haßbrille von den Augen weg und legte sie schließlich ganz beiseite, um die Dinge vorurteilsfrei rein nach den Grundgesetzen der wirtschaftlichen Erkenntnis zu studieren. Und da sah man denn zunächst, daß die schauerhaften Valutaverhältnisse an der Zerrüttung des Weltmarkts schuld seien. Nun begann ein kluges Deuten an der Valutafrage. Diplomaten, Bankiers, Finanzbeamte saßen zusammen, im Fortschritt der Erkenntnis mit großen, in der Beförderung der tatsächlichen Verhältnisse mit nur ganz verhältnismäßigem Erfolg. Auf Brüssel folgte Genua, auf Genua Paris. Man mochte wanken aber nicht: Vor dem Bild eines jeden unbefangenen Betrachters zeichnete sich immer klarer eine fest verknüpfte Tatsachentette ab: Die Störung der Weltwirtschaft beruht auf dem Mißverhältnis und den Schwankungen der Valuta. Die Ursache hierfür ist wiederum die unrettbar passive deutsche Zahlungsbilanz. Diese ist ihrerseits veranlaßt durch den Londoner Zahlungssplan der 132 Goldmarkmilliarden, der schließlich nur die Folgerung des Daseins des Vertrags von Versailles ist.

So weit sind wir also heute, daß diese Erkenntnis allgemein geworden ist, und man schwankt nur noch hinsichtlich des zur Besserung einzuschlagenden Wegs. Zwei Richtungen scheinen sich hier auszubilden zu wollen. Die einen halten es offenbar für möglich, das Ausbeutungssystem gegenüber Deutschland immer noch fortzusetzen und dabei doch den Nachteilen des „Dumping“ der weltwirtschaftlichen Störung zu entgehen, indem sie die deutsche Zwangs-Ausfuhr — volkswirtschaftlich so gemeint — von den eigenen Märkten ab- und auf die Wiederherstellung Rußlands hinlenken. So glaubt man ein Dreifaches zu erreichen, ungeschmälerten Fortbezug der deutschen Entschädigungsleistungen, ungeförderter Besitz der eigenen Interessensphären, billigen Wiederaufbau Rußlands.

Die andere Richtung meint, daß vor allen Dingen erst einmal die Gesamtschädigungssumme vermindert und ferner die Zahlungsfrist für eine ganze Reihe von Jahren durch eine Anleihe aus den goldstarken Ländern, insbesondere Amerika, dem überanstrengten Deutschland abgeburdet werden muß. Diese Einsicht war das letzte Ergebnis der Pariser Bankierskonferenz. Dann . . . verzögerte man sich auf unbestimmte Zeit. Noch einmal rissen die Machtpolitiker den kühnen Tatsachennemmenschen das Steuer aus der Hand.

Noch einmal . . . Wir wissen kaum noch, zum wievielten Mal schon. In Versailles, in Spa, in London, in Genua! Immer hofften wir auf die Vernunft und erlebten den Triumph von Gewalt und Widerwillen. Drei Jahre schweren Leidens liegen hinter uns. Das Reich ist zum Erbarmen verstümmelt. Wenige Tage erst trennen uns von dem endgültigen Verlust des besten Teils von Oberschlesien mit dem gewaltigen Steinkohlenlager. Das Saargebiet ist uns auf lange Zeit entzogen. Das Ruhrgebiet ist schutzlos gegen jede Einmarschdrohung. Danzig ist uns entrissen Deutschland, dem der rettende Anschluß verweigert ist, steht in letzter Fiebersehnen eines zugrunde gerichteten Landes. Die Kolonien, das bis zuletzt verteidigte Deutsch-Ostafrika, das Musterbeispiel für Tropenwirtschaft und Tropenverwaltung Togo, sie sind uns samt und sonders verloren. Die Kabel sind fort, die Handelsflotte ist ausgeliefert, die Handelsniederlassungen sind aufgelöst. Das Kohlenabkommen von Spa droffelt den Brennstoffverbrauch unserer Produktion, ein Uebel, das sich durch den Gebietsverlust in Oberschlesien noch steigern wird. Auf diese Weise sind bereits zahlreiche Milliarden „entschädigt“. Zu alledem kommt noch seit Herbst 1921 das alle Kräfte erschöpfende System der Barzahlung, das den Kurs des Dollars binnen knapp neun Monaten auf das Fünffache gebracht hat.

Teuerung, soziale Zerrissenheit, Zerrüttung von Wirtschaft und Währung, Staat und Gesellschaft, Unfrieden und Mißtrauen, Haß und Verbitterung nach innen und außen sind die Folgen der Vernichtungspolitik. Zerrissen, wie das deutsche Volk heute ist, erscheint es aber doch einig in der Erkenntnis, die der Reichskanzler, in der denkwürdigen Sonntagssitzung des Reichstags, ausgerufen hat: Die Früchte der Gewaltpolitik von Versailles sind reif geworden. Europa wird an ihrem Gifte zugrunde gehen, wenn nicht die Völker sich befehlen. Nicht Deutschland ruft um Gnade oder Schonung. Der ganze Kontinent, der Heimatboden der Kultur der weißen Rasse, steht jetzt in seiner Schicksalsstunde.

## Regierung und Landtag in Bayern gegen die Ausnahmeverordnung

München, 29. Juni. Im Landtag wurden gestern die Anträge der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei gegen die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 24. Juni behandelt. Den ersten Antrag begründete Abg. Stang (Bayer. Volksp.). Der Wort an Rathenau bekunde einen betäubenden sittlichen Tiefstand unseres Volks, das sich so lange nicht erheben könne, so lange der Friedensvertrag von Versailles mit seinen Qualereien und Drangsalierungen nicht von uns genommen sei. (Sturm. Zustimmung.) Am Jahrestag dieses Vertrags rufe er es hinaus, daß die Entente einen Brandherd schaffen werde. Die Bayerische Volkspartei lehne es ab, politische Parteien mit der Verantwortung für solche Taten zu belassen, sie verurteile aber die leidenschaftliche Schwäche des Tons bei den Parreien. Es genüge, an den Verrat Eisners zu erinnern, um zu beweisen, daß es nicht angängig sei, eine politische Richtung verantwortlich zu machen. Die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten, die schärfer sei als das alte Sozialistengesetz, sei mehr geeignet, den Bestand des Staats zu erschüttern; sie richte sich ausgesprochenemmaßen gegen rechts. Durch die Vorgänge in Darmstadt und in anderen Städten werde aber bewiesen, daß es auch eine Gefahr von links gebe. Die Regimentsfeier verbieten, gehe zu weit. Die Ausnahmeverordnung sei unhaltbar und ein unglückseliger Griff.

Nachdem Abg. Hilpert (Mittelpartei) die Entschlebung seiner Partei begründet hatte, legte Ministerpräsident Graf Berchthold den Standpunkt der bayerischen Regierung dar. Sofort nach Bekanntwerden des Worts habe sich die bayerische Regierung an die Reichsregierung gewendet, sie möge keinerlei Verordnungen erlassen ohne vorhergehende Verständigung mit den Landesregierungen, für Bayern beschehe überhaupt kein Anlaß zu außerordentlichen Maßnahmen, die Regierung sei der Ansicht, daß die darauf doch erlassene Verordnung unter den ersten Einwürfen ausgefallen sei. Indem sie dem Reichsminister des Innern das Recht gebe, Maßnahmen der Einzelstaaten zu verlangen und den Staatsgerichtshof über solche Forderungen entscheiden lasse, verurteile sie eine Verschlechterung des seitherigen Zustands. Aus vielen Gründen könne sich die bayerische Regierung mit dem Inhalt der Ausnahmeverordnung nicht einverstanden erklären, und zwar seien die hauptsächlichsten Punkte:

1. Die Ausdehnung des Ausnahmegesetzes auf frühere republikanische Regierungen und deren Mitglieder sei unzulässig und könnte zu ungeheuerlichen Folgerungen führen;
2. der Angeberei würde Tür und Tor geöffnet;
3. das Strafmaß sei viel zu hoch;
4. der vorgelebene Staatsgerichtshof sei ein schwerer Eingriff in die durch die Verfassung geschützte Justiz- und Volkshoheit der Staaten; er sei überdies ohne Rücksicht auf die Gesamtheit der Länder zusammengesetzt;
5. mit dieser Justizhoheit sei aber auch die starke Ausdehnung des Begnadigungsrechts des Reichspräsidenten unvereinbar;
6. es widerspreche aller Rechtspflege, daß die Ausnahmeverordnung rückwirkende Kraft haben solle.

Ganz unannehmbar sei es, daß die Ausnahmebestimmungen, wie der Reichsjustizminister Radbruch im Reichstag ausdrücklich hervorhob, nur gegen rechts, also gegen einen bestimmten Teil des Volks gerichtet und daher klassenmäßig sei. Auch die Regierung erkläre den letzten Grund der Untat in dem unmöglichen Vertrag von Versailles und dem unerhörten Druck, dem seit der Unterzeichnung des Vertrags am 28. Juni 1919 unser armes Vaterland ausgeübt sei. Heute dürfe es sich nicht um Republik oder Monarchie handeln; man sollte in so ungeklärte Zeiten nicht auch noch diesen Gegensatz in das Volk bringen. Sondern um die Erhaltung des Staats und verfassungsmäßiger Zustände. Wenn überhaupt Vorschriften erlassen werden sollen, so müssen sie den Titel: „Schutz der Verfassung“ tragen. Dann können alle Bürger hinter Vorschriften treten, die geeignet sind, die Auswüchse der politischen Heide zu bekämpfen. Die

bayerische Regierung habe die Pflicht, die ihrem Programm und den hinter der Regierung stehenden Parteien entspricht: Die Ruhe und Ordnung, sowie die verfassungsmäßigen Zustände im Land Bayern aufrechtzuerhalten und dafür zu sorgen, daß die ruhige und gesicherte Entwicklung unserer staatlichen Zustände von keiner Seite eine Beeinträchtigung erfährt. (Lebhafte Beifall.)

## Deutscher Reichstag

Berlin, 29. Juni.

Der Reichstag nahm gestern ohne Aussprache die Nachtragsforderungen für 1922 in allen drei Lesungen an mit einer Entschließung, in der die Regierung ersucht wird, die sozialen Zulagen für die Beamten der Geldentwertung anzupassen. Nach Erledigung einiger kleinerer Gesetzentwürfe, darunter des Ermächtigungsgesetzes betreffend die Verlängerung der vorübergehenden Herabsetzung oder Aufhebung von Zöllen bis zum 30. Juni 1923, wurde ein Zusatzabkommen zu dem deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien in allen drei Lesungen angenommen, ferner die deutsch-polnischen Abkommen über Erleichterungen des Grenzverkehrs und betreffend das berg- und hüttenindustrielle Eigentum. Auch der Gesetzentwurf über die Arbeitszeit im Bergbau unter Tage fand endgültige Annahme und zwar in der Fassung des Ausschusses, wonach das Gesetz nicht nur für die Steinkohlengruben, sondern für alle Gruben Geltung haben soll. Eine Ausschlußentscheidung verlangt ferner eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit auch für die Angestellten. Dann trat das Haus noch in die zweite Beratung des Arbeitsnachweisgesetzes ein, die in der am Freitag nachmittag um 1 Uhr beginnenden Sitzung fortgesetzt wird.

## Auf der Spur der Rathenau-Mörder

Berlin, 29. Juni. Der politischen Kriminalpolizei war es am Dienstag gelungen, den Kraftwagen ausfindig zu machen, von dem aus am 24. Juni die Mordtat gegen Rathenau verübt worden war. Der Wagen war am Freitagabend von dem Wagenführer in einer Kraftwagenvermietungsstelle eingestellt worden mit dem Bemerkten, der Besitzer werde andern Tags weiter fahren. Am Mordtag wurde der Wagen abgeholt, mehrere Stunden nach dem Mord aber wieder, stark bestaubt, zurückgebracht. Der Führer entfernte sich und kam nicht wieder. Nachdem der Wagen gefunden war, konnte die Polizei auch bald die Namen der drei Insassen feststellen. Es sind: 1. Der 21jährige Ernst Werner Tschow aus Berlin, 2. Hermann Fischer aus Flöha oder Chemnitz in Sachsen, etwa 25 Jahre alt, 3. Knauer, auch Körner oder Kern genannt im Alter von etwa 25 Jahren. Es wurde festgestellt, daß die drei Genannten Berlin verlassen hatten. Da aber nach dem Mord sofort die Grenzen gesperrt wurden, mußten sie sich im Reichsgebiet versteckt halten. An alle Polizeistationen des Reichs wurden sofort ihre Erkennungszeichen mitgeteilt. Da weiter ermittelt wurde, daß die Mörder der Geheimorganisation C (Consul) angehören, wurde eine Reihe der Mitglieder dieses Vereins festgenommen, wodurch die Polizei in den Besitz von Schriftstücken kam, die für die weitere Verfolgung der Spuren wichtig waren. Wie der Vorstand der politischen Kriminalpolizei Dr. Weich einem Mitarbeiter des „Berl. Tageblatts“ mitteilte, können diese Freunde alle der mittelbaren oder unmittelbaren Mittäterschaft bezichtigt werden. Es seien auch Einzelheiten über die zahlreichen Helfer der Mörder bekannt, für die, wie auch für die drei Mörder selbst, große Geldsummen zur Flucht zur Verfügung gestellt worden seien. Dieses Geld sei von bekannten Persönlichkeiten gegeben worden. Die Fäden der Verschwörung reichen bis nach Süd- und Ostland, wo sie in dem Kreis einer Geheimorganisation zusammenlaufen.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen offenen Brief eines ehemaligen Angehörigen der Organisation C, in dem die Deutschnationale Volkspartei beschuldigt wird, mit der Organisation in Verbindung gestanden zu haben.

## Ein Mörder verhaftet

Einer der Mörder des Reichsministers Rathenau, der 21 Jahre alte Ernst Werner Tschow, ist heute vormittag in der Nähe von Frankfurt a. d. Oder verhaftet worden. Er ist derjenige, der das Automobil gesteuert hat.

Ueber die Persönlichkeit des verhafteten Tschow erfährt die „B. Z. am Mittag“, daß er der zweite Sohn des verstorbenen Berliner Magistratsrats Tschow ist. Er hat noch zwei Brüder, von denen der ältere Bankbeamter, der jüngere ein 16jähriger Mittelschüler ist. — Ueber die Irrfahrten des Tschow

erfährt das gleiche Blatt, daß er am Sonntagabend mit dem D-Zug nach Halle fuhr und dort bei Freunden Unterkunft fand. Am Montagabend fuhr er von Halle nach Frankfurt a. O., wo er von Polizeibeamten aufgegriffen wurde, die erfahrene hatten, daß er sich bei seinem Onkel auf einem Rittergut in der Nähe der Stadt aufhalte. Das Gut wurde umstellt. Tschow versuchte bei seiner Verhaftung Gegenwehr zu leisten, ergab sich aber bald der Uebermacht. Er leugnet die Beteiligung an der Tat.

## Weitere Verhaftungen

Wegen Beihilfe zum Mord sind nach dem amtlichen Bericht noch folgende Personen verhaftet worden: 1. Kaufmann Richard Schmitt, 2. Kaufmann Franz Diebel in Berlin, die Besitzer der Autogarage, in der der zur Mordtat benutzte Kraftwagen untergebracht war, 3. der Schüler Gerd Tschow in Berlin, 4. der Student Willi Günther in Berlin, 5. Gymnasiast Heinz Stubenrauch in Berlin. Der unter Ziffer 3 Genannte ist der Bruder des inzwischen ergriffenen Mittäters Ernst Werner Tschow; Gerd Tschow, Günther und Stubenrauch waren die Mitwisser, bezw. Urheber des Mordplans. Schmitt und Diebel waren Mitwisser, bezw. Begünstiger des Mords. Die Festnahme weiterer Teilnehmer an der Mordtat steht bevor.

Berlin, 29. Juni. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Berliner Polizei den Leutnant der Reserve und Student der Rechte W. Günther verhaftet habe, dem Mitwissenheit und Beihilfe zum Mord Rathenaus nachgewiesen sei. Günther hat nach dem Bericht an den Vorbesprechungen des Mordplans sich beteiligt und die Stelle ausfindig gemacht, wo der verhaftete Tschow den Kraftwagen einstellen konnte. In dem Besitz Günthers, der Mitglied verschiedener rechtsstehender Vereine sei, seien Schriften von Helfferich, Ludendorff, Jagow und Westarp gefunden worden.

Nach der „Neuen Berliner Zeitung“ ist die Polizei in den Besitz des ganzen Verschwörungsplans gegen Rathenau gelangt. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Der Kraftwagen ist vom Besitzer selbst den Mördern zur Verfügung gestellt worden. Wie das gleiche Blatt mitteilt, ist Kapitänleutnant Tilleßen, der in Flensburg verhaftet wurde, dem Berliner Polizeigefängnis eingeliefert worden. Es gelang ihm zwar, seinen Aufenthalt fern von Berlin am Mordtag zweifelsfrei nachzuweisen, er wurde aber dennoch in Haft behalten, da angenommen wird, daß er den Anschlag auf Scheidemann entweder selbst ausgeführt oder begünstigt habe.

## Erklärung des deutschnationalen Parteivorstandes

Berlin, 29. Juni. Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat an alle Gliederungen der Partei das Ersuchen gerichtet, sofort genau zu prüfen, ob einzelne Mitglieder der Partei Organisationen angehören, die verfassungs- oder gesetzwidrige Ziele verfolgen. Sollten sich solche Parteimitglieder finden, so seien sie unverzüglich aus der Partei auszuschließen.

## Die Forderung der Sozialisten

Berlin, 29. Juni. Der „Vorwärts“ veröffentlicht die gemeinsamen Forderungen der beiden sozialistischen Parteien, der Kommunisten, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds und des Afabunds für das Gesetz zum Schutz der Republik:

Sofortiges Verbot und strenge Bestrafung jeder monarchistischen oder antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild und Schrift, Verbot und sofortige Auflösung aller monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen, Verbot der monarchistischen Fahnen und Farben, sofortige Beseitigung aller monarchistischen Zeichen in den öffentlichen Gebäuden und Anstalten, Bestrafung jedes Angriffs in Tat, Wort oder Schrift auf republikanische Fahnen, strenge Vorschriften zur Säuberung der Regierungenstellen und Behörden, einschließlich der Gerichte und Reichswehr, von allen monarchistischen oder antirepublikanischen Elementen, Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes, Verbot des Uniformtragens für ehemalige Offiziere, Unterfügung weiterer Ernennungen zum Reserveoffizier, Einsetzung eines außerordentlichen Gerichtshofs in Berlin und Schaffung einer Reichsvollzugsgewalt, insbesondere einer Reichskriminalpolizei. Die Geltungsdauer des Gesetzes soll zunächst auf mindestens zwei Jahre festgesetzt werden. Ferner wird gefordert: Sofortige Straferlasse für alle wegen politischer Vergehen Verurteilten und für die anlässlich des Eisenbahnstreiks zur Verantwortung Gezogenen.

## Das Gesetz zum Schutz der Republik

Berlin, 29. Juni. Das Reichskabinett hat gestern den Gesetzentwurf zum Schutz der Republik fertiggestellt. Er wurde heute den Ministerpräsidenten der Länder bekannt gegeben und an den Reichsrat und Reichstag weitergeleitet. Der Ent-

wurf baut sich im allgemeinen auf der Anshabenerklärung des Reichspräsidenten auf, enthält aber weit höherer Bestimmungen als diese.

## Neue Nachrichten

### Noch keine Einigung über die Getreideumlage

Berlin, 29. Juni. Der Reichstagsausschuss für Volkswirtschaft konnte sich über den Preis, der für Umlagegetreide bezahlt werden soll, nicht einigen. Die Verhandlungen sind vorläufig ins Stocken geraten.

### Die Münchener Kundgebung gegen die Schuldlüge

München, 29. Juni. An der Kundgebung der vaterländischen Vereine gegen die Schuldigen am Königsplatz beteiligten sich gestern Abend etwa 30 000 Personen. Auf allen öffentlichen Gebäuden wehten weiß-blaue Fahnen. Der Hauptredner geißelte scharf den Friedensvertrag von Versailles. Es wurde eine Entschließung unter stürmischem Beifall angenommen, die gegen die Schuldigen Anspruch erhebt; die Reichsregierung würde sich durch Verfassungsverstoß in der Aufklärung des In- und Auslands über die Rechtsschuld Deutschlands und die Schuld der Verbandsstaaten mitschuldig machen an dem über Deutschland seine ehemaligen Verbündeten und die vom Reich losgetrennten Deutschen gekommenen Unglück. Die Regierung wurde aufgefordert, sofort unverzüglich alles zu tun, um im In- und Ausland zum Bewußtsein zu bringen, daß der Vertrag von Versailles auf Lüge, Urkundenfälschung und Erpressung beruhe. — Die Versammlung verlief ohne Störung.

### Immer wieder die Sanktionsfrage

Paris, 29. Juni. Im „Echo de Paris“ sagt heute Bertinaz, es sei kaum anzunehmen, daß Deutschland in der Ausführung der Sachleistungen Beweise eines besseren Willens ablegen werde, als bei der Barzahlung. Es werde sicherlich versuchen, auch diese Methode der Reparationszahlung ebenso zu sabotieren wie alle früheren. Nie immerhin, die Sachleistungen würden zum Prüftest für die Loyalität der deutschen Regierung werden und wenn diese wiederum versage, dann werde Frankreich ein Recht mehr zum Handeln haben. In den ersten Tagen des Juli werde das Garantiekomitee den Bericht über seine Verhandlungen in Berlin erstatten und zur gleichen Zeit werde wahrscheinlich die deutsche Regierung erklären, daß sie außerstande sei, die nächste am 15. Juli fällige Rate in Höhe von 50 Millionen Goldmark zu bezahlen. Neue Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen müssen alsdann beginnen, in denen die Frage der Sanktionen im Vordergrund stehen werde. Hierbei seien zwei Möglichkeiten gegeben. Zunächst werde sich die Reparationskommission darüber ausprechen müssen, ob von deutscher Seite ein vorläufiges Verschulden vorliegt. Falls deren Beantwortung bejahend aus, so werde Frankreich auf Grund der Paragraphe 17 und 18 Anhang 2 zum Teil 8 des Friedensvertrages das Recht haben, mit oder ohne die übrigen Verbündeten Zwangsmassnahmen gegen Deutschland zu ergreifen. Andererseits aber müsse man auch mit der Eventualität rechnen, daß sich in der Reparationskommission eine Mehrheit für diese Feststellung einer vorläufigen Verletzung Deutschlands finde. In diesem Falle müsse sich Frankreich die Wahrung seiner Souveränität, das Recht zu direkten Aktionen, vorbehalten. Poincaré werde sich hoffentlich bei der heute beginnenden Reparationsdebatte über die französische Reparationspolitik über diesen heißen Punkt mit Bestimmtheit und Festigkeit aussprechen.

### Die Mörder Marshall Wilsons

London, 29. Juni. Die Untersuchung über die Ermordung des Marshalls Wilson hat ergeben, daß die beiden Mörder entgegen ihrer ursprünglichen Behauptung keine Iren sind. Sie haben niemals der irisch-republikanischen Armee angehört. Sie sind vielmehr beide in London geboren und haben den Krieg in der englischen Armee mitgemacht. Ueber die Motive zu der Tat haben sie bisher jede Aussage verweigert.

### Die Ueberwachung des deutschen Finanzwesens durch den Garantieausschuss

Paris, 29. Juni. Nach einer Mitteilung von amtlicher Seite ist der Garantieausschuss in Berlin nach Regelung der Kohlenfrage zur Untersuchung des Reichshaushalts übergegangen, wobei er eine Reihe von Ausgaben als überflüssig oder zu hoch bezeichnete. Er verlangte weiterhin Auf-

## Heimatwurzeln.

Roman von Hans von Helldorf.

(Nachdruck verboten)

„Jetzt ist mir besser,“ sagte Gottfried Haller. „Vor einer Stunde überkam mich ein Gefühl, als versagten mir die Glieder den Dienst. . . Kinder, ist das schwer, einem Menschen zu sagen, daß er zwar gut und fleißig ist — aber unfähig. Lieber möchte ich unter Entbehrungen und Strapazen aller Art den Himalaja besteigen, als noch einmal so etwas erleben. . . Es hielt schon schwer, Gerda und Egon klarzumachen — wie ich vorgestern tat —, daß man Herrn Bremmer jetzt schon kündigen müsse. Ihre guten, unerfahrenen Herzen fanden es grausam, obwohl sie die Notwendigkeit längst wußten.“

Wolf war aufgesprungen und wollte etwas fragen. Man sah ihm förmlich an, wie diese Mitteilung alles in ihm in Bewegung brachte.

„Ich trete für ihn ein,“ rief er ohne Bestimmen.

„Ist das auch nicht jugendliche Selbstüberhebung, mein Sohn?“

„Rein, Vater, das muß ich versuchen; im Herbst wollte ich sowieso in eine andere Gegend.“

„Sehr richtig,“ bemerkte der Vater.

„Nun sag mir aber, woher kommt der schnelle Entschluß dieser Kündigung, die ich längst für notwendig gehalten habe?“

„Herr von Bidau hat mir vor acht Tagen diesen Rat gegeben.“

Wolfs Augen weiteten sich. Er ahnte noch nicht, daß der Vater in Wolzenberg gewesen war. Mit kurzen Worten wurde ihm der Zusammenhang erklärt.

„Der — ja, wie soll man das verstehen? Was ist denn mit dem Mann vor sich gegangen — will er die

Geschichte mit dem Testament wieder gut machen?“

Der Vater hob beschwichtigend die Hand. „Nicht so hart, mein Sohn! Man soll Achtung davor haben, wenn Menschen zur Besinnung kommen und den ehrlichen Willen zeigen, besser zu werden. — Herr von Bidau hat mir heute geschrieben, daß er zum Herbst einen ausgezeichneten Beamten weiß — es ist nebenbei ein Vetter Harfensteins mit Namen Brandt.“

„Der!“ rief Wolf erstaunt. „Ja, den Namen habe ich von Harfenstein öfters gehört; ich weiß auch, daß er seine jetzige Stellung gekündigt hat, weil ihm das dortige Arbeitsfeld zu klein ist. Und diesen ausgezeichneten Menschen hat der Wolzenberger die Selbstlosigkeit, hierher bringen zu wollen?“

Der Vater nickte. „Nach dem, was du jetzt eben gesagt hast, weiß ich, daß er sein Wort wahr machen wird, als er mir schrieb: „Das Beste, was ich weiß, soll Barnitz haben.“. . . Es war eine gute Stunde, die mich nach Wolzenberg führte. — Wolf Zorn und Grimm ging ich hin, — und dankbar lehnte ich zurück. — Man soll sich nie scheuen, eine Menschenseele anzufassen. Unerbittens gibt einem Gott die Kraft, ihr zu helfen. . . So ist es auch mit dem Wolzenberger gegangen. — Und nun wollen wir das Unrige dazu tun, daß der Mann die Achtung wiedergewinnt, die er bei sehr vielen Menschen durch die Testamentsgeschichte verloren hat.“

Wolf staunte den Vater an. — Wie groß, wie herrlich erschien er ihm.

Vielleicht mochte Gottfried Haller ahnen, daß bei dem Sohne jetzt ein Gefühlsausbruch bevorstand, den seine persönliche Bescheidenheit abgelehnt haben würde. Er verließ seinen Platz. Wie er zur Tür seines Zimmers schritt, wandte er sich noch einmal um und sagte:

„Laßt mich eine Stunde schlafen — heute habe ich es nötig.“

Alle drei sahen ihm schweigend nach.

Endlich sagte Wolf:

„Wie bin ich glücklich, diese Stunde miterlebt zu haben. . . Mutter, was können wir stolz auf unseren Vater sein!“

Noch am selben Tage trieb es Wolf zu Gerda. Im Hause hatte er sie nicht gefunden, doch meinte Staats, sie würde wohl auf dem Hofe sein. Heute sei ein Tag, wo alles auf dem Kopf stünde, auch der junge Hofinspektor laufe ganz verwirrt umher.

Weiterhin erfuhr Wolf durch den Alten, daß der Arzt bei Herrn Bremmer von Nervenfieber geredet habe, das sich vorbereitet haben müsse. Die heutige Aufregung habe es zum Ausbruch gebracht.

„Ja, auf dem Hof wird sie sein — es ist gut, wenn Sie zu ihr gehen. An so 'nem Tage wie heute merkt man mal recht kräftig, daß hier ein ordentlicher Mensch fehlt, auf den Gerda sich verlassen kann.“

„So was dachte ich auch,“ meinte Wolf und trennte sich rasch von dem Alten.

Er fand Gerda im Kuhstall. Die Besperzeit war vorüber; im Stall herrschte bereits tiefe Dämmerung. Die Mädchen waren beim Melken beschäftigt; dazu pflegten sie mehrstimmige Lieder zu singen. So auch heute. Das war ein alter Brauch, der sich hier in Barnitz erhalten hatte.

Wie heimlich und vertraut berührte er Wolfs Ohr. In Lannenhof war diese hübsche Seite längst verschwunden.

Fortsetzung folgt.

Nahrung von der Reichsregierung über gewisse Verhältnisse bei der Steuererhebung. Der Ausschuss wird die gegebene Aufklärung prüfen und nötigenfalls bestimmte Forderungen stellen, bezüglich der Ausgaben und der Steuererhebung, der Eindämmung der Notausgabe und der Festigung der Markt. Da sich die Verwindung der Flucht des Kapitals ins Ausland fast als unmöglich herausgestellt hat, so soll umgekehrt versucht werden, das flüchtige Kapital wieder ins Reich hereinzulockern, indem ihm besondere Vergünstigungen namentlich bei der Beteiligung an einer internationalen Anleihe gewährt werde.

### Die englischen Arbeiter gegen Kommunisten und Friedensvertrag

London, 29. Juni. Die Jahresversammlung der Vertreter der englischen Arbeiterpartei in Edinburgh hat die Aufnahme der kommunistischen Partei mit 3686000 gegen 261000 Stimmen abgelehnt. In einer Entschließung wird von der Regierung gefordert, daß der Vertrag von Versailles abgeändert, die deutsche Schuldverpflichtung vermindert und die Befreiung des Rheinlands aufgehoben werde.

### Keine Stimmung für das englisch-französische Bündnis

London, 29. Juni. Nach der „Westminster Gazette“ gewinnt in Unterhaus die Ansicht an Boden, daß man mit Frankreich kein Bündnis eingehen könne, das England verpflichtet würde, militärisch gegen Deutschland vorzugehen, wenn der Zusammenstoß durch Frankreichs Haltung verschuldet würde. Im Unterhaus glaube man den Zusammenstoß am ehesten dadurch verhindern zu können, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werde.

### Bürgerkämpfe in Irland

London, 29. Juni. In Dublin wird zwischen den Truppen der vorläufigen Regierung und den aufständischen radikalen Sinnfeinern heftig gekämpft. Die Regierungstruppen beschließen die Stellung der Aufständischen mit Geschützen. — Minister Chamberlain erklärte im Unterhaus, die Verantwortung trage die irische Regierung, weil sie die Bezwingung der Aufständischen durch englische Truppen abgelehnt habe.

### Reichstagsauflösung?

Berlin, 29. Juni. Die Blätter geben der Meinung Ausdruck, daß die Auseinandersetzungen wegen des Gesetzes zum Schutz der Republik und die Schwierigkeiten der Getreideumlage zur Reichstagsauflösung führen werden.

Im Zusammenhang mit der Verhaftung einer Persönlichkeit im Westen Berlins in der Rathenauischen Mordsache wurde Kapitänleutnant v. Kallinger neuerdings in Haft genommen.

Der „Vorwärts“ meldet, Staatsminister a. D. Helfferich habe zur Endbedeutung der Mordersuren 100 000 Mark und die Deutschnationale Volkspartei 200 000 Mark dem Polizeipräsidenten angeboten. Das Angebot sei aber abgelehnt worden.

## Württemberg

Stuttgart, 29. Juni. Trauerkundgebung für Rathenau. Im Sieglehaus fand am Mittwochabend eine große Trauerkundgebung für Rathenau statt, zu der die Deutsche Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei, Sozialdemokratie und Zentrum eingeladen hatten. Abg. Johannes Fischer (Dem.) feierte Rathenau als eine Persönlichkeit großen Formats und erhob Anklage gegen die Regierungen und Parlamente der Entente als die Hauptschuldigen auch an diesem Unglück. Er schloß mit einem Appell zu politischer Mitarbeit und Verantwortlichkeit. Oberregierungsrat Beyerle (Z.) gab der tiefen Anteilnahme und der Trauer um den Ermordeten Ausdruck; gewisse Gruppen des deutschen Volks seien daran mitschuldig. Notwendig seien die Maßnahmen zum Schutz der Verfassung. Abg. Bickes (D.B.) wies darauf hin, daß die Deutsche Volkspartei nicht immer den Weg Rathenau für richtig gehalten habe, aber nie habe sie ihm die Ehrlichkeit seines Willens bestritten. Mit Worten werde nichts gebessert. Die Ausnahmebestimmungen der Regierung müssen gegen alle, ob rechts oder links, angewendet werden. Arbeitsminister Reil (Soz.) betonte im Schlußwort, daß sich jeder mit der Tatsache abfinden müsse, daß die Monarchie verschwunden ist. Die Augen der Arbeiter als der Träger des neuen Staatsgedankens seien auf die Regierung gerichtet. Wie der Schutz den Vertretern der Republik gewährt werde, so stehe es auch um den Schutz des Staatsgedankens in der Arbeiterschaft.

Die Feier der Demokratischen Partei zu Ehren des 60. Geburtstags des Staatspräsidenten findet am 4. Juli abends statt.

Stuttgart, 29. Juni. Einspruch der Bürgerpartei. Der Landesvorstand der Württ. Bürgerpartei hat gegen die Verordnung der Staatsregierung, wodurch die vaterländische Kundgebung gegen die Schuldfrage am 28. Juni verboten wurde, Einspruch erhoben, weil die Regierung andererseits der sozialistischen Kundgebung am 27. Juni kein Hindernis in den Weg legte. In diesem einseitigen Verbot liege eine schwere Verletzung der Gefühle eines großen Teils der Bevölkerung die stets die staatliche Ordnung gestützt und an erster Stelle mitgeholfen habe, die republikanische Regierung vor dem Ansturm der Linksrabulalen zu retten.

Stuttgart, 29. Juni. Feldprämierung. — Gärtnerelehrlingsprüfungen. Die Landwirtschaftskammer veranstaltet in diesem Jahr wieder wie in den Vorjahren Feldprämierungen. Vereine und Landwirte, die sich an der Feldprämierung beteiligen wollen, haben sich an die Landwirtschaftskammer zu wenden. — Die nächste Gärtnerlehrlingsprüfung in Württemberg findet im August statt. Die Anmeldungen haben bis 31. Juli bei der Württ. Landwirtschaftskammer zu erfolgen.

Stuttgart, 29. Juni. Stuttgarter Badeort. Im Kurjaal in Cannstatt fand gestern Abend eine Versammlung statt, in der u. a. auch von zwei auswärtigen Sachverständigen festgestellt wurde, daß der Reichtum Stuttgarts an Mineral- und Heilquellen (konzentriertes Kochsalz, Kohlenäure und Eisen) noch weit nicht so ausgenutzt sei, wie es der Fall sein könnte und sollte. Um diesen Mangel abzuwehren, ist eine Mineralbadaktiengesellschaft mit einem Kapital von vorerst 10 Millionen Mark gegründet worden, eine Summe, mit der sich heute allerdings nicht gerade viel anfangen läßt. Die Gesellschaft wird sie daher durch Heranziehung englischer Kapitalisten auf 20 Millionen Mark zu bringen suchen. In der Versammlung wurden bereits Lage- und Baupläne vorgelegt, nach denen vorgesehen sind: Bad Neuner mit Kuhn'scher Fabrik, Villa Berg, Schloß Rosenstein sowie Höhenkurpfe auf der Gerokstraße und am Kräherwald. — Das Bad Zeuge ist bekanntlich in den Besitz der Stadt übergegangen.

Neuenbürg, 29. Juni. Gelddiebstahl. In Calmbach hat der vorgebliche Schlosser Friedrich von Ebersbach einem Fremden, dem er sich angebietet hatte, die Geldmappe mit etwa 20 000 Mark und Uhr aus dem Rucksack gestohlen und ist dann flüchtig gegangen.

Bernsdorf, 29. Juni. Die umstrittene Stadtvorstandsstelle. Die Stadtschultheißenstelle wurde jetzt, nachdem dreimal gewählt worden ist, durch einen Amtsverweigerer befehlt. Oberamtmann Münz führte Stadtschultheißen Röllner von Halberbach in sein Amt, vorläufig für ein Jahr, ein.

Koffweil, 29. Juni. Innungsgründung. Hier wurde eine freie Konditoren-Innung für die Oberämter Sulz, Oberndorf (ohne Schramberg und Alpirsbach), Koffweil, Spaichingen und Taßlingen gegründet. Als Obermeister wurde Ehr. Lehre-Koffweil gewählt.

Honhardt, 29. Juni. Mord und Selbstmord. Im Zustand geistiger Unmachtung hat die 45 Jahre alte Ehefrau Marie Beck, die vor 2 Jahren schon einige Wochen in der Anstalt in Weinsberg untergebracht war, während der Abwesenheit ihres Mannes ihr einziges Kind, einen 8jährigen Knaben, erwürgt und dann Selbstmord durch Erhängen begangen.

Bussenhausen, 29. Juni. Willkommgruß. Der aus französischer Strafanstalt heimgekehrte letzte württ. Kriegsgefangene Christoph Hohl aus Hof Ditzel, 29. Juni. Calw, der hier geboren und lange Zeit hier wohnte, wurde in seiner Heimatgemeinde Bussenhausen mit großen Festlichkeiten empfangen. Aus Bernloch war der Gefangenverein erschienen, außerdem zahlreiche Ortsgruppen ehemaliger Kriegsgefangener.

Tetznaug, 29. Juni. Einbruch in ein Kaufhaus. Nachts wurde im Kaufhaus Speth ein Schanzenfenster eingeschlagen und aus der Auslage 24 weiße Herrenhemden gestohlen.

### Die Württemb. Landwirtschaft auf der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Nürnberg

Zum erstenmal war die Württ. Landwirtschaftskammer auf einer D.L.G.-Ausstellung vertreten. Als Ausstellungsmaterial hatte sie das im letzten Jahr in Württemberg anerkannte Saatgut gewählt. Die in Württemberg anerkannten Saatzbauwirtschaften waren mit 50 Saatzgutproben vertreten. Von den Saatzgutwirtschaften hatten neben Hohenheim die Saatzzüchter Zeiner-Neuhaus, Adlstein-Döhlenhausen, Adlung-Sindlingen, Dr. Frank-Oberlinpurg, Jäger-Indenhof sehr beachtenswerte Leistungen aufzuweisen. Dargestellt wurden ferner die allen modernen Anforderungen entsprechenden Reinigungsanlagen der Württ. Saatzgut- und Saatzbauwirtschaften.

Die ausgestellten Rottlees- und Grassamenproben ließen erkennen, daß die Württ. Landwirtschaftskammer auch auf diesem Gebiet schon recht gute Leistungen zu verzeichnen hat. Die weitverbreitete und ausgebreitete Versuchstätigkeit der Landwirtschaftskammer wurde auf einer Uebersichtskarte dargestellt. Leider konnte infolge Verschulden der Bahn nicht sämtliches Ausstellungsmaterial zur Ausstellung gebracht werden. Das Ausgestellte hat jedoch allgemein große Beachtung und Anerkennung gefunden. Verschiedene Aussteller wurden mit Preisen und Anerkennungen bedacht.

Einen großen Erfolg haben die württ. Schaafzüchter zu verzeichnen. Die Gruppe des württ. veredelten Landschafes war aus Bayern und Württemberg stark besetzt. In der Klasse feinerer Wolltyp war Graf von Recheberg-Donzdorf auf der ganzen Linie Sieger. Dieser Züchter wurde mit verschiedenen Preisen sowie mit dem Max-Entsch-Preis ausgezeichnet. In der Klasse gröberer Wolltyp hatte die Gutswirtschaft Hohenheim sehr gute Erfolge zu verzeichnen. Auch auf diese Zucht entfielen verschiedene Preise. Das veredelte württ. Landeschaf stand in der Gruppe der Landeschafstypen durchweg an erster Stelle.

Auf der Geflügelausstellung waren ebenfalls württ. Geflügelzüchter vertreten, die mit verschiedenen Preisen bedacht wurden.

Auch an der Tabakausstellung hat sich Württemberg mit Erfolg beteiligt.

Auf der Ausstellung der Molkereierzeugnisse war Württemberg hervorragend vertreten. Neben verschiedenen ersten Preisen entfiel bei Weichsel nach Ulmbergerart der Sieger-Ehrenpreis des Deutschen Milchwirtschaftl. Reichsverbandes mit der bronzenen Martini-Medaille auf einen württembergischen Aussteller.

## Badischer Landtag.

Karlsruhe, 28. Juni.

Zu Beginn der Vormittags-Sitzung begründete Abg. Bod (Komm.) seine förmliche Anfrage über die Regimentsstage und nationalistischen Kundgebungen, in der die Regierung gefragt wird, was sie zu tun gedenkt, um den häufigen Regimentsstagen und nationalistischen Kundgebungen, die von der Arbeiterschaft als Provokation empfunden werden, sofort entgegen zu treten.

Minister Kemmle: Ein dauerndes Verbot der Regimentsfeiern sei unmöglich, wenn das Reich nicht eine gesetzliche Grundlage dafür schaffe. In Baden haben sich dann nach Wiederzulassung der Regimentsfeiern diese Veranstaltungen in Karlsruhe und Freiburg streng an die von der Regierung erlassenen Instruktionen gehalten. Nachdem das Reich jetzt die rechtliche Grundlage geschaffen hat, Regimentsfeiern nicht mehr zuzulassen, weil die Reichsorgane Beweise in Händen haben, so besteht auch für Baden die Möglichkeit, Regimentsstage zu verbieten. Wenn in Karlsruhe am Dienstag die Sicherheitspolizei einschreiten mußte, so war das nötig, weil die Volksmenge zu Pländerungen und Hausdurchsuchungen schritt.

Justizminister Trunk: Im Kallingerprozeß habe das Volksgericht entschieden und es sei zu einem Freispruch gekommen. Er mache den Geschworenen keinen Vorwurf, aber er sei mit dem Staatsanwalt der Ansicht, Kallinger hätte als der Begünstigte schuldig erkannt werden müssen, weshalb jede Strafkammer ihn verurteilt hätte. Zum Schluß habe der Kallingerprozeß die wahren Mörder gezeigt.

Abg. Meier-Heidelberg (Soz.) polemisiert gegen die Deutschnationalen und ihre Stellung zur Republik. Glauben Sie (zur Rechten) ja nicht, daß sie einen Freibrief haben auf Mord. Wenn Sie nicht Ordnung halten können, wird Sie das Volk dazu zwingen.

Wilfer (D.Vp.) bittet den Minister Kemmle, nach dem bisherigen Verlauf der Regimentsstage sein Urteil und seine Anordnungen zu treffen. Da Deutschland waffenlos ist, so habe auch niemand von einem Regimentsstag etwas zu fürchten.

Abg. Schmidt-Bretten (D.Natl.) wendet sich gegen die Sozialdemokratie.

Abg. Dr. Gledner (Dem.) beklagt das Verbot der Regimentsfeiern für die nächste Zeit, da diese sich in Baden in geordneten Bahnen abgepielt haben. Er warnt vor einem Notgesetz gegen Beamte, die sich gegen die Verfassung loyal benehmen.

Nächste Sitzung: Freitag, vorm. 10 Uhr.

## Baden.

Karlsruhe, 29. Juni. Verhandlungstag der badischen Mietervereine. Die zweite Verhandlungstag der badischen Mietervereine fand am letzten Sonntag unter zahlreicher Beteiligung hier statt. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Verband einen starken Fortschritt erlebt hat. Die Zahl der Vereine stieg von 32 auf 63, die Zahl der Mitglieder auf über 40 000.

Karlsruhe, 29. Juni. (Stellungnahme der Karlsruher Studentenschaft zu dem Rathenau-Zwischenfall.) Der Ausschuss der Studentenschaft der Technischen Hochschule hier teilt zu der Presseveröffentlichung über die Rathenau-Verhöhnung folgende Erklärung mit: „Die Karlsruher Studentenschaft verurteilt das im „Volksfreund“ mitgeteilte Verhalten einiger Studierender bei einem Frühstück, falls sich jene Nachricht als zutreffend erweisen sollte, auf das schärfste. Zur Klarstellung des Falles ist eine Disziplinaruntersuchung beantragt worden. Die betroffenen Verbindungen haben dem Ausschuss der Studentenschaft mitgeteilt, daß bis zu der Aufklärung des Sachverhalts jede Beziehung mit den beteiligten Studierenden gelöst worden ist.“

Karlsruhe, 29. Juni. (Treppensturz.) In einer der letzten Nächte stürzte der Metzger Jakob Sauer in seiner Wohnung eine Treppe hinunter, erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er starb.

Karlsruhe, 29. Juni. (Verhaftung.) Die Polizei hat den Bahnarbeiter Ernst Armbruster verhaftet, der unter dem Verdacht steht, seine Ehefrau absichtlich von der Scheuer herabgestürzt zu haben. Die Frau erlitt dabei schwere Verletzungen.

Detigheim, bei Rastatt, 29. Juni. (Naturtheater.) Am vergangenen Sonntag erfolgte im Naturtheater Detigheim die Uraufführung des Schauspiels „Joseph und seine Brüder“ von Sebastian Wieser. Die Aufführung fand in ihrer Gesamtheit, wie in den Einzelleistungen den vollen Beifall der zahlreichen Besucher. Die neue Szenerie, in der sich die Massen Szenen sehr gut abspielten, ist wirkungsvoll.

Muß (bei Ettlingen), 29. Juni. (Verhaftung.) Die Eheleute Wilhelm Pfeffer, deren Gebälklichkeiten kürzlich niederbrannten, wurden unter dem dringenden Verdacht, das Feuer selbst gelegt zu haben, verhaftet. Wegen Bauunfähigkeit der Anwesen mußten sie größere bauliche Veränderungen vornehmen und suchten sich dem auf diese Art zu entziehen.

Weibach (bei Waldkirch), 29. Juni. (Einbruch.) In der letzten Woche wurde im Rathaus eingebrochen. Alten wurden durchstöbert und durcheinandergeworfen. Das Gemeindefiegel wurde gestohlen. Ein Kassenschrank, den die Diebe wohl vermutet hatten, war nicht vorhanden.

Straßburg, 29. Juni. Von der Plattform des Münsters hat sich ein 20jähriges Mädchen in die Tiefe gestürzt. Die Lebensmüde wurde völlig zerstückelt aufgefunden.

Heidelberg, 29. Juni. Am Dienstag nachmittag sind auch hier bedauerliche Ausschreitungen vorgekommen. Einige Betriebe, die arbeiten wollten, wurden von den Arbeitern gewaltsam geschlossen. Das physikalische Institut hatte die Vorlesungen nicht eingestellt und auch keine Trauerfahne auf Halbmast ausgezogen. Vor dem Gebäude sammelte sich nun eine Menge und begehrte Einlass. Statt dessen wurden die Arbeiter, wie berichtet wird, mit Wasser bespritzt. Diese drangen mit Gewalt ein und erzwangen die Einstellung der Vorlesung und die Hissung der Fahne auf Halbmast. Ein Student, der sich schützend vor den Lehrer Prof. Dr. Venard stellte, wurde von den Arbeitern niedergeschlagen. Sie führten den Professor gewaltsam in das Gewerkschaftshaus, wo er bis abends 9 Uhr bleiben mußte. Die Polizei brachte ihn sodann ins Amtsgerichtsgefängnis, die Menge gestattete aber nicht, daß dazu ein Kraftwagen benützt werde. Im Lauf der Nacht wurde Prof. Venard entlassen. Die Polizei hat vorläufig die Vorlesungen im physikalischen Institut untersagt. Wie verlautet, soll gegen Prof. Venard ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Der im Institut angerichtete Schaden soll mehrere hunderttausend Mark betragen. — Geheimrat Prof. Dr. Venard ist einer der bedeutendsten Physiker der Welt, der mit seinen Forschungen, namentlich über die Röntgenstrahlen, vieler Menschen Leben und Gesundheit gerettet hat. Er ist u. a. auch mit dem Nobelpreis ausgezeichnet.

### Wetter-Bericht

Der Niederdruck vom Norden gewinnt an Ausdehnung. Für Samstag und Sonntag ist gemittelterwiesenes, zuerst noch heiteres, dann aber regnerisches Wetter zu erwarten.

## Allerlei

Stiftung. Die Notgemeinschaft der deutschen Industrie für Wissenschaft hat zur Feier des 450jährigen Bestehens der Universität Altdorf eine Million Mark zu Forschungszwecken gespendet.

Schenkung für die vatikanische Bibliothek. Kaiserlicher Großkaufleute haben dem Papst für die Vatikanische Bibliothek in Rom 330 wertvolle Handschriften arabischen Ursprungs geschenkt. Die Handschriften waren von dem italienischen Reisenden Caprotti aus arabischen Bibliotheken aufgekauft worden.

Der Fremdenbesuch in Oberrhein. Ist derzeit noch sehr schwach. Die Schuld wird allgemein und mit Recht den läghaftesten Ausstreueren, besonders im Ausland zugeschieben, daß in den bayerischen Sommerfrischen die Fremden bewuchert werden. Um so größer ist der Besuch von deutschen Kurgästen in den kleineren Orten, die zum Glück keine eigentlichen Fremdenindustrie haben, wie Immenstadt, Rettenberg, Sonthofen, Fischen und Oberdorf. Hindelang hatte noch nie so viele Kurgäste wie heute.

Abgestürzt. Der verheiratete Kaufmann Karl Pänge aus Worms ist auf dem Weg von der Remptener Hütte zum Unterdorfhaus vom Raubel im sogenannten Genswännele,

200 Meter tief abgestürzt. Eine von Oberhöf abgefallene Hilfsgruppe fand den Vermissten tot.

**Lebensmüde.** Von der Plattform des Straßburger Münsters hat sich ein 20jähriges Mädchen in die Tiefe gestürzt. Die Unglückliche wurde vollständig zerquetscht aufgefunden.

**Das Eisenbahnunglück in Berlin** hat bis jetzt 40 Tote gefordert.

**Die Jungfrau von Orleansfeier.** Die im Elsaß erscheinende protestantische Monatschrift nimmt Stellung gegen den Beschluß der französischen Kammer, wonach die Jungfrau von Orleans auch im Elsaß zur Nationalheldin ausgerufen und ein Gedächtnistag ihr zu Ehren zum Nationalfeiertag erhoben wird. Insbesondere wird dagegen Widerspruch erhoben, daß an diesem Nationalfeiertag der Jungfrau von Orleans die evangelischen Kirchen flaggen sollen.

**Cholera.** Durch griechische Flüchtlinge aus Rußland ist im Hafen von Salamis Larynx und Cholera eingeschleppt worden. Auch in Saloniki sind Cholerafälle festzustellen.

**Französische Hilfe für Petersburg.** Ein vom französischen Roten Kreuz gemieteter Dampfer verläßt in den ersten Julitagen den Hafen von Dänkirchen mit 9000 Tonnen Lebensmitteln für Petersburg.

**Uebereifer im Kampf gegen den Alkohol.** Der Einwanderungsausschuß brachte im Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten einen Gesetzentwurf ein, der die Ausweisung derjenigen Ausländer verlangt, die vom Staats- oder Bundesgericht wegen Uebertretung des Alkoholverbotes bestraft werden. Mit 222 gegen 73 Stimmen wurde der Gesetzentwurf vom Hause angenommen und dem Senat unverzüglich zur Erledigung vorgelegt.

**Der Ausweg.** Eine Angestellte, die von ihrem Bekleidungshaus nach dem ortsblichen Angestelltenlohn bezahlt wird, schreibt an ihren Chef: „Infolgedes der neuen Steuerungsweise lebe ich mich zu meinem sechshundert Bedauern neunzig, mein Alter um fünf Jahre zu erhöhen.“ (Sugend.)

**ep. Der Bildungswert des Christentums.** Unter dem Stamm der Kols, der zu den viele Jahrhunderte hindurch vernachlässigten und unterdrückten Ureinwohnern Ostindiens gehört, hat die auch von Württemberg aus unterstützte Gohnerische Missionsgesellschaft vor dem Krieg in nahezu 80jähriger Arbeit eine bedeutende Volkskirche gesammelt. Bezeichnend für den Bildungsstand der Kols-Christen ist die Tatsache, daß sie nach der Vertreibung der deutschen Missionare durch die britische Regierung in die Fremde, ihre Kirche selbstständig zu leiten. In dieser Zeit der Selbstständigkeit hat sich die Zahl der Getauften von 88 000 im Jahre 1914 auf 102 000 gesteigert, wozu noch 6000 erwachsene Taufbewerber kommen; die Zahl der eingeborenen Christen, die im Gegensatz zu ihren anderen Stammesgenossen lesen und schreiben können, ist von 14 000 i. J. 1914 auf 24 000 gestiegen und beträgt somit beinahe den 4. Teil der Kirchengenossen, Kinder eingeschneit.

**Neues Schnellzugspaar.** Vom 1. Juli an werden während der Hauptreisezeit die Schnellzüge D 158a und D 159a eingelegt mit folgendem Fahrplan: D 158a: Köln ab 8.40 v., Frankfurt-Darmstadt-Heidelberg-Bruchsal-Stuttgart an 4.48, ab 4.54 Uhr, Ulm an 6.59 Uhr nachm. D 159a: Ulm ab 10.35 v., Stuttgart an 12.35, ab 12.41, Bruchsal-Heidelberg-Darmstadt-Frankfurt-Köln an 8.54 Uhr nachm.

### Aus der Heimat.

Wildbad, den 30. Juni 1922.

**Sitzung des Gemeinderats am 27. Juni 1922.**

**Armenfachen.** In Anwesenheit der beiden Herren Geistlichen werden eine Anzahl Armenfachen erledigt. Der Aufwand für Armenzwecke erhöht sich von Monat zu Monat. Die Verpflegungsgelder in den Anstalten erfahren fortwährende Steigerungen z. B. in der Kreispflegeanstalt Reutlingen auf 15 Mk. bzw. 12 Mk., Kindersoldat Jagtfeld 40 Mk. usw.

**Ziegenzucht.** Zufolge eines Antrags des hiesigen Ziegenzüchtereins wird beschlossen, in der hiesigen und Sprollenhäuser Zuchtbockhaltung zur Erreichung einer einheitlichen Zuchtziechtung nur noch Zuchtböcke der reifarbenen Schwarzwalddziechtung zuzulassen. Die Belohnung der Zuchtbockhalter wird zu diesem Zweck auf jährl. 1000 Mk. für 1 Zuchtbock erhöht und das Sprunggeld auf 2 Mk. festgesetzt.

**Wohnungsfürsorge.** Der Vorsitzende berichtet über die am 21. Juni in Neuburg stattgehabte Verhandlung mit Baurat Weigle, Vertreter der Wohnungsabteilung des Ministeriums des Innern. Nach Mitteilung des letzteren sind für die im Jahr 1922 zur Ausführung gelangenden Neubauten aus Mitteln der Wohnungsabgabe erhöhte Baudarlehen in Aussicht genommen.

Eine Voraussetzung der erhöhten Baudarlehen ist aber, daß sich die beteiligten Gemeinden verpflichten, sich an den Darlehen in der Höhe der Hälfte der staatlichen Darlehen bzw. eines Drittels des Gesamtdarlehens zu beteiligen. Der Gemeinderat beschließt, für die hiesige Stadtgemeinde diese Verpflichtung zu übernehmen. Für schon in Angriff genommene oder fertiggestellte Neubauten, die noch in die Teuerung des letzten Winters und Frühjahrs hineingekommen sind, soll eine nachträgliche Erhöhung der Baudarlehen eintreten. Die Bauenden haben zu diesem Zwecke Gesuche mit Angabe der Voranschlagsumme und der wirklichen Baukosten einzureichen, worauf im einzelnen Falle besonderer Beschluß erfolgen wird. — Nach einem Erlaß des Ministeriums des Innern vom 13. Juni 1922 ist die Außerkraftsetzung des Reichsmietengesetzes für einzelne Gemeinden mit besonderen Verhältnissen möglich, namentlich für solche Gemeinden, in denen nicht mehr als 5—10 % der Bevölkerung in Miete wohnen. Dies trifft in der hiesigen Gemeinde zwar nicht zu, doch liegen hier besondere Verhältnisse insofern vor, als ein großer Teil des hiesigen Gebäudebestandes der Fremdenbeherbergung dient, auf welchen die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes nicht ohne Weiteres Anwendung finden können. Bei der Eigenart der hiesigen Verhältnisse wäre die Durchführung des Gesetzes überhaupt mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft. Der Gemeinderat beschließt deshalb, den Antrag zu stellen, das Reichsmietengesetz für die hies. Stadtgemeinde samt Parzellen nicht zur Anwendung zu bringen.

**Schußgelder für Raubzeug.** Infolge Ueberhandnehmens verschiedener schädlicher Tiere wird beschlossen, das Schußgeld auf 5 Mk. für 1 Tier zu erhöhen und bei der Amtversammlung den Antrag zu stellen, die amtlichpersönlichen Schußgelder den jetzigen Munitionspreisen entsprechend zu erhöhen.

**Stadtwaldungen.** Das Gesuch von 3 Holzhauern in Nonnenmühl um ihre Wiedereinstellung bei der Arbeit im Stadtwald wird abgelehnt, da berechtigte Gründe zu ihrer Entlassung vorliegen. — Auf Antrag des städt. Forstamts wird beschlossen, den Holzhauern Karl Eitel, Chr. Kappelman und Wilhelm Bausert, welche länger als 50 Jahre im Stadtwald arbeiten, eine Prämie von je 100 Mk. aus der Stadtkasse zu bewilligen. — Die Aufstellung der Holzhauer Gottlob Günthner und Johann Günthner in Sprollenhäuser als Holzhauerobmänner wird gutgeheißen.

**Kanalisation der König-Karlstraße.** Die Dohle in der König-Karlstraße von der Herrnhilfe bis zur Hindenburgbrücke ist nur 50 cm weit und bei Gewittern für den Wasserzufluß aus der Wagner- und König-Karlstraße zu klein. Die Folge hiervon ist, daß bei starken Regengüssen eine Zurückstauung des Wassers in die Keller der Anlieger stattfindet. Der Versuch durch eine mit erheblichen Kosten vorgenommene Erweiterung des Auslaufs der Dohle den Uebelstand zu heben, hat sich beim letzten Gewitter als zwecklos erwiesen. Die Herstellung einer neuen Dohle mit genügender Weite soll deshalb nach Ende der heurigen Badezeit erfolgen. Die Kanalarbeiten werden sofort bestellt.

Es folgen noch Schätzungen und eine Reihe von kleineren Gegenständen.

**Änderungen im Eisenbahnverkehr.** Auf 1. Juli 1922 treten folgende wichtige Änderungen im Eisenbahnpersonenverkehr ein: Für das gesamte Netz der deutschen Reichsbahn werden Reichsbahn-Reisefahrten für 30 und 45 Tage ausgegeben. Arbeiter-Reisefahrten werden während der Dauer der Wohnungsnot auf Entfernungen bis 150 Kilometer in Ausnahmefällen mit Genehmigung der Eisenbahngeneraldirektion bis 250 Kilometer ausgegeben, an die gegen Gehalt oder Lohnbeschäftigten Personen (Beamte, Angehörige der Reichswehr, Angestellte und Arbeiter) sowie an Beamtinnenwärter, Lehrlinge u. a. zur Berufsausbildung beschäftigten Personen und zwar an: Verheiratete zur Fahrt zwischen dem Arbeitsort und dem Wohnort des Ehegatten, Vermittelte und Geschiedene zur Fahrt zwischen dem Arbeitsort und dem Ort, wo sie mit ihren unverheirateten Kindern einen gemeinsamen Haushalt führen. Unverheiratete zur Fahrt zwischen dem Arbeitsort und dem Wohnort der Eltern. Elternlose unter 21 Jahren erhalten die Karten nach dem Wohnort der Erzieher. Für Binnenschiffer werden in Berücksichtigung der Eigenart dieses Berufs besondere Arbeiterkarten ausgegeben. Auf Sonntags-Reisefahrten ist der Uebergang von der 4. Klasse in die

3. Klasse nicht mehr statthaft. Wer über die Klassen seiner Sonntags-Reisefahrten hinausfährt und sich unaufgefordert meldet, hat einen Zuschlag von 5 Mark zu dem tarifmäßigen Preis, jedoch nicht mehr als das Doppelte dieses Preises zu zahlen. Wer die rechtzeitige Meldung unterläßt, hat den doppelten Fahrpreis für die ohne Fahrkarte gefahrenen Strecke, mindestens aber den Betrag von 20 Mark zu entrichten.

**Ueberwacht die Heutheide.** Alljährlich hört man, daß die Heu- oder jenem Landwirt infolge Selbstentzündung des Heus das Gehöft abgebrannt ist. Es ist erwiesen, daß die Gefahr des Selbstentzündens umso größer ist, je mehr Heu in kurzer Zeit auf den Stock kommt oder wenn das Heu in nicht ganz einwandfreiem trockenem Zustand eingebracht werden muß. Auch kommt es vor, daß sich der Stock zwar nicht selbst entzündet, aber infolge der starken Gärungshitze im Heustock das Heu gebräunt wird oder verfault. Durch zweckmäßige Anlegung des Heustocks, durch Einlagen von Strohhäufeln und durch Einstreuen von Viehsalz in stark verregnetes Futter kann die Gefahr bedeutend vermindert werden. Trotz dieser Vorsichtsmaßregeln ist aber der Landwirt nie ganz sicher, ob der Heustock sich nicht zu stark erhitzt. Ein sicheres Mittel, um die Temperatur des Heustocks zu ermitteln und ihn unter beständiger Kontrolle zu halten, ist die Anwendung des Heustockthermometers.

### Handelsnachrichten

Dollarkurs am 29. Juni 374.90 Mark.

1000 Pfennig-Kronen 30 schwed. Krappen.

Der Papiergeldumlauf ist bis 23. Juni auf 157 935,2 Millionen Noten und 944,2 Mill. Darlehenskassenscheine, zusammen auf 167 379,4 Millionen Mark gestiegen.

**Vom Geldmarkt.** Wegen der Geldnachfrage des Warenhandels machte sich heute auch für Börsengeld ein starker Bedarf bemerkbar. Das Wechselgeschäft erfordert ganz erheblich große Summen, so daß die Reichsbank und die Darlehenskassen in den letzten Tagen mit derartigen Aufträgen äußerst stark in Anspruch genommen sind. Die großen Geldgeber legen mäßige Summen bis 10. Juli mit 3—6 v. H. aus, während gelegentliche Geldgeber sich beträchtlich höhere Zinsen zahlen lassen.

**Stuttgarter Börse, 29. Juni.** Das Geschäft an der Börse entwickelte sich heute wieder innerhalb sehr enger Grenzen. Die Stimmung blieb unbewegt durch die auf dem Devisenmarkt neuerdings eingetretene sehr feste Haltung und die Richtung der Kurse der Aktienwerte war eher nach unten geneigt. Bemerkenswerte Veränderungen gibt es jedoch nicht zu verzeichnen. Der Markt der Bankaktien lag durchaus unverändert. Bankaktien 206, Hypothekbank 150, Notenbank 588, Vereinsbank 230. Auch der Markt der Brauereierwerke war wenig verändert. Ravensburg 200, Ehlinger 195, Reichenmeyer-Lioli 300, Pfaffen 500, Hohenzollern 375, Walle 380, Jahn 160. Von den Metallaktien zogen Lütlingen von 1080 auf 1090 an, Hohenzollern von 30 v. H. schwächer bei 1350, Junghans 309. Auf dem Markt der Maschinenaktien hielten Daimler 13 v. H. ein und schlossen 300; Laupheimer 970, Ehlinger 715, Hefter 760 (745), Weingarten 798, Reckartulmer 595. Der Markt der Spinnerswerte lag uneinheitlich. Während Erlanger um 40 v. H. auf 1260 zurückgingen, blieben Unterhausen und Raunmarn Viehlein unverändert bei 1950 bzw. 1180; Kolb u. Schüle 1330, Korten 1000, dagegen konnte sich das Weisgerecht von 80 auf 80 erholen. Auch wurde mangels Nachfrage gestrichen, Filz 1150, Ehlingen 1240, Rattun 150 v. H. niedriger bei 2500. Von den sonstigen Werten waren Anilin behauptet bei 705, Bremen-Beschelmer Del 1500, Heidelberger Jement 680, Deutsche Verlagsanstalt 1000, Köln-Rottweiler 710, Krumm 320 (340), Salzwerk Heilbronn 800 (830), Stuttgarter Straßenbahn 140 (150), Stuttgarter Zucker 595, Mannheim Del 800, Württ. Transport 900, Ziegelwerke Ludwigshagen 550. Württ. Vereinsbank.

### Märkte

**Stuttgarter Schlachtviehmarkt, 29. Juni.** Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 58 Ochsen, 23 Bullen, 160 Jungbullen, 145 Jungkühe, 205 Kühe, 332 Kälber, 940 Schweine, 40 Schafe, die sämtlich verkauft wurden. Erlöse wurden an je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 2850—3200, 2. 2400—2650, Bullen 1. 2900—3100, 2. 2250—2700, Jungkühe 3100—3600, 2. 2650—2950, 3. 2250—2550, Kühe 1. 2100—2500, 2. 1500—2000, 3. 1000—1400, Kälber 1. 3500—3700, 2. 3200 bis 3400, 3. 2800—3000, Schweine 1. 5400—5500, 2. 5000—5300, 3. 4400—4900 M. Der Verlauf des Marktes: belebt.

**Spaichinger Schweinemarkt, 29. Juni.** Auf dem Schweinemarkt, dem 91 Milchschweine zugeführt waren, wurde für das Paar bis zu 4000 M bezahlt. Der Handel war lebhaft.

**Ortmittelungen O.M. Völlingen, 29. Juni.** Bei dem letzten Holzverkauf wurden für zwei Raummeter Holz bis zu 3400 M, also das 17fache des Friedenspreises geboten.

**Befigheim, 29. Juni.** Die letzten Kircken. Die letzten Kircken werden in diesen Tagen geerntet. Fast die ganze Ernte wurde von Stuttgarter und Heilbronner Händlern, das Pfund zu 7 bis 8.50 M aufgekauft.

Wildbad — Calmbach 486

## Hochzeits-Einladung.

Zu unserer am Sonntag, den 2. Juli stattfindenden

## Hochzeits-Feier

im Gasth. z. „Bahnhof“ in Calmbach, erlauben wir uns, herzlichst einzuladen.

Egidius Wurster Calmbach      Frida Eitel Wildbad

Eröffnung um 12 Uhr in Calmbach.

Wildbad.

## Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung kommen am Samstag, den 1. Juli 1922, nachmittags 3 Uhr im Pfandlokal folgende Gegenstände zur Versteigerung:

1 vollständiges Bett, 1 Kasten, 1 Waschkommode mit Marmorplatte u. Spiegelaufsatz u. 1 Nachtkästchen.

**Hähle, Gerichtsvollzieher.**

## Alte Linde

# Heute Schlachtfest

Alleinverkauf für Wildbad und Umgebung.

## Schuhhaus

# W. Treiber

Ludwig-Seegerstr. 17.

Beachten Sie die Schaufenster mit den neuen Gesellschafts- und Strassen-Modellen.

## Kleinere

# Fremden-Pension

zu kaufen gesucht.

Offerten unter Nr. 439 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Stadt Wildbad.

## Nadelholz-

## Stangen-Verkauf

für hiesige Bürger.

Am Samstag, den 1. Juli 1922, vorm. 11 Uhr, auf dem Rathaus in Wildbad

Bau Ia 20; Ib 14; II 6.

## Brennholz

Stochholz, Papierholz, Stangen und dergl. kauft, auch in kleineren Mengen

**Carl Rometsch, Holzhandlg.**

Wildbad, Wilhelmstr. 134.

Zuverlässiger

## Fuhrknecht

kann sofort eintreten.

**Wilhelm Schill**

Baugeschäft.

## Briefmarkensammlung

alte Baden- und Württemberger Marken kauft zur Ausweitung weitaus Sammler.

Offerten unter Nr. 434 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gesucht wird per sofort ein tüchtiges

## Mädchen

für die Haushaltung.

**Frau Winter Metzgerei**

Haagen, Wiesenthal.

Wir liefern

## Wäsche-Aussteuer

auch einz. Leib- und Hauswäsche

Berufs- und Arbeiterkleidung noch billig, an sichere Leute auch geg. bequeme Abzahlung.

Reichhaltige Preislisten gratis gegen 2.- Mk. Rückporto.

**F. OLDEHUS**

Neumünster i. Holst. Schleiberg 58 Schleiberg 58.

## Parfüms

in reicher Auswahl

A. u. W. Schmitt Medizinal-Drog.

